

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Nicole Bäuml

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Gabriele Triebel

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris

Rauscher u. a. (SPD)

Sprachstandstests korrekt umsetzen und Lehrkräfte angemessen entlohnen

(Drs. 19/5019)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Nicole Bäuml.

Nicole Bäuml (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Schnellschuss mit verheerenden Folgen – so kann man, ja, so muss man die Einführung der Sprachstandserhebungen durch die Staatsregierung leider zusammenfassen. Was als Antwort auf den Pisa-Schock 2023 verkauft wurde, entpuppt sich leider aktuell als pures Chaos zulasten der Kinder, der Eltern und vor allem auch der Bildungsexpertinnen und der Bildungsexperten in den Kitas und in unseren Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur die SPD-Fraktion, nein, auch die Fachöffentlichkeit hatte vor einer überhassteten Einführung dieser Sprachstandserhebungen gewarnt. Doch unsere gemeinsamen Bedenken fanden bei der Staatsregierung kein Gehör. Stattdessen wurden die Sprachstandserhebungen im Eiltempo durchgedrückt, und zwar ohne ausreichende Vorbereitung, ohne angemessene Ressourcen und ohne durchdachte Förderkonzepte. Jetzt zeigt sich leider: Unsere Befürchtungen waren alle berechtigt. Schulleitungen, Beratungslehrkräfte sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen berichten von chaotischen Fortbildungen, von mangelnder Vorbereitung, von mangelnder Kommunikation sowie von bürokratischen Auswüchsen, die alle Lehrkräfte an den Rand ihrer Kräfte bringen.

(Beifall bei der SPD)

Ganz besonders problematisch ist die Testsituation leider auch für die betroffenen Kinder.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Lehrkräfte, die diese Testungen durchführen müssen, tun wirklich alles, um es den Kindern so angenehm wie möglich zu machen. Aber das Setting, das die Staatsregierung für diese Testungen vorgibt, ist schlichtweg fragwürdig. Vierjährige werden in eine fremde Umgebung gesetzt, von fremden Personen getestet und müssen anhand eines Testinstruments, das noch nicht einmal evaluiert ist, zeigen, was sie können. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit kindgerechter Pädagogik zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Was passiert eigentlich mit den Kindern, die bei diesen Tests "durchfallen"? – So eine Sprachtestung macht doch eigentlich nur Sinn, wenn nach der Testung und der Feststellung eines Förderbedarfs auch wirklich eine echte Förderung folgt. Doch die Förderstrukturen sind völlig unzureichend. Die Staatsregierung diagnostiziert also Probleme, aber sie bietet keine Lösungen. Sie tut so, als würde sie handeln, sie schafft aber eigentlich nur neue Bürokratie und zusätzliche Belastung für die Kinder, für die Eltern sowie die Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten in den Kitas und in den Schulen.

Diese hektisch eingeführten Sprachtestungen sind bildungspolitischer Aktionismus der Staatsregierung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bringt kein Kind auch nur ein Stück weiter.

(Beifall bei der SPD)

Die Kinder brauchen stattdessen eine echte Sprachförderung von Anfang an. Was braucht es dafür? – Ausreichend qualifiziertes Personal in den Kitas. Wir brauchen kleinere Gruppen, mehr Zeit für individuelle Förderung und eine bessere Ausstattung

der Einrichtungen. Kurz zusammengefasst: Wir brauchen eine Offensive für die frühkindliche Bildung und keine bürokratische Testmaschinerie.

(Beifall bei der SPD)

Unser Anliegen ist klar: Wir fordern die Staatsregierung mit diesem Berichtsantrag auf, im Bildungsausschuss transparent über den Stand der Umsetzung der Sprachtestungen zu berichten. Dieser Berichtsantrag ist ein wichtiger Schritt, damit bildungspolitische Fehlentscheidungen, die im Zusammenhang mit diesen Sprachtestungen getroffen wurden, korrigiert und durch vernünftige und durchdachte Maßnahmen ersetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Peter Tomaschko für die CSU-Fraktion.

(Michael Hofmann (CSU): Wieso hat die SPD diesen Antrag hochgezogen? Dem Antrag wurde doch zugestimmt!)

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Was ist das für ein Antrag der SPD? – Ein Hochzieher. Die SPD ist mit massiver Kritik als Tiger in den Bildungsausschuss gesprungen. Nach der Diskussion und der Klarstellung hat sie alle Kritikpunkte zurückgezogen. Wir haben uns schließlich einstimmig auf einen Berichtsantrag geeinigt.

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich!)

Zuerst war die SPD also ein Tiger, dann ein Bettvorleger. Jetzt wird aus dem Bettvorleger wieder für fünf Minuten der Tiger, der wahrscheinlich am Ende dieser Diskussion wieder zum Bettvorleger wird. So viel zur plastischen Darstellung. Das Thema ist aber trotzdem ernst und wichtig. Deshalb möchte ich darauf inhaltlich eingehen.

Hier geht es um das Gesetz zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung, das jetzt seit einem halben Jahr in Kraft ist. Die Dimensionen dieses Gesetzes sind wirklich beeindruckend: Es geht hier um 128.000 Kinder, circa 256.000 Erziehungsberechtigte, 2.300 Schulleitungen und 1.115 Durchführende des bayerischen Screenings.

Ich möchte kurz auf die Beweggründe eingehen, warum wir dieses Gesetz eingeführt haben. Wir haben in unseren Grundschulen zum Teil eine alarmierende Realität. Vor allem im städtischen Bereich haben oft zwei Drittel der Kinder einer Klasse mittlere bis große Sprachprobleme. Für die Lehrerinnen und Lehrer ist das eine enorme Herausforderung. Wir mussten deshalb gegensteuern, damit in diesen Klassen wieder vernünftig gearbeitet werden kann und damit alle unsere Kinder die gleichen Chancen haben. Unser Grundsatz lautet, dass die Kinder ab dem ersten Tag in der 1. Klasse der Grundschule alle Chancen haben müssen. Meine Damen und Herren, dafür ist die Sprache einfach die Grundvoraussetzung. Die Sprache ist der Schlüssel für den Bildungserfolg. Sprache ist die Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und für die Integration.

Die Folgen mangelnder Sprachkenntnisse sind gravierend. Kinder ohne Deutschkenntnisse können dem Unterricht nicht folgen und sind vom ersten Tage an abgehängt. Demgegenüber werden Kinder mit normalen und guten Sprachkenntnissen in solchen Klassen ausgebremst.

Wir haben dieses Gesetz beschlossen, für mich eines der wichtigsten Gesetze der letzten Zeit überhaupt. Wir haben verpflichtende Sprachstandserhebungen eineinhalb Jahre vor der Einschulung beschlossen. Der zweite, natürlich noch wichtigere Punkt – das vergisst die SPD – ist die gezielte Förderung von Kindern mit Defiziten, sodass verpflichtend an einem Vorkurs Deutsch teilzunehmen ist. Der dritte Punkt ist genauso wichtig: eine lückenlose Kontrolle der Sprachentwicklung. Ein Jahr nach der Sprachstandserhebung erfolgt im Rahmen der Schulanmeldung erneut ein verpflichtendes

Sprachscreening. Kinder, deren Sprachkenntnisse weiterhin nicht ausreichen, werden zukünftig verpflichtend ein Jahr zurückgestellt, um eine Kita mit Vorkurs zu besuchen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wie Sie sehen, ist es ein ambitioniertes, aber angesichts der Realität in unseren Schulen absolut notwendiges und klar erfolgversprechendes Gesetz.

Der ursprüngliche Antrag der SPD – wobei ich noch einmal betone, dass dieser nicht beschlossen, sondern von der SPD auch zurückgezogen wurde – enthielt die Kritik, das Gesetz sei im beschleunigten Verfahren ohne Berücksichtigung von Einwänden der Fachöffentlichkeit verabschiedet worden und die Umsetzung würde Schwierigkeiten bereiten. Der dritte Punkt forderte einen Bericht der Staatsregierung zum Umsetzungsstand.

Es wird deutlich: Die SPD wollte dieses Gesetz von Beginn an nicht. Das finde ich angesichts der Realität in unseren Klassenzimmern einfach sehr, sehr schade. Klar ist, ein Berichtsantrag wäre ohnehin vorgesehen gewesen, Frau Ministerin. Wir haben, wie gesagt, den Beschluss jetzt auch so gefasst, dass dieser Bericht wie geplant vor der Sommerpause gegeben wird. Alle anderen Punkte wurden gestrichen.

Noch einmal kurz zu den Kritikpunkten der SPD. Wenn so ein großes Gesetz ausgerollt wird, ist natürlich klar, dass es am Anfang vielleicht irgendwo ruckelt oder Fragen auftreten. Aber ich möchte mich an der Stelle bei allen Akteuren insbesondere draußen in den Kindergärten und in den Schulen bedanken, auch bei unserer Ministerin und dem Kultusministerium dafür, mit welchem Engagement und mit welcher Leidenschaft dieser neue Punkt angegangen worden ist. Da ist die Kritik der SPD schon zumindest ein bisschen fragwürdig. Man kann immer die, die arbeiten und Leistung bringen, kritisieren. Aber ich glaube, es trifft wirklich die Falschen.

Eine verspätete oder spätere Einführung, wie es die SPD jetzt dargestellt hat, würde bedeuten, dass wieder ein, zwei, drei Jahrgänge nicht diese Chance bekämen. Ich betone noch einmal, die Kinder müssen wirklich vom ersten Tag an die Chance haben,

dass sie die Sprache erlernen und im Unterricht folgen können. All diese Kritikpunkte mit zu wenig Schulung stimmen nicht. Es ist im Ausschuss auch belegt worden, dass es natürlich für die durchführenden Beratungslehrkräfte und die Schulpsychologinnen und -psychologen diese Schulungen gegeben hat. Auch die technische Bereitstellung des Verfahrens, sodass man sich damit vertraut gemacht hat, hat es gegeben. Eben all diese Punkte.

Ganz wichtig, wie gesagt: Der Normalfall ist ja, dass Erzieher und Erzieherinnen der Kitas nach einer Langzeitbeobachtung bis zum 31.01. jeweils Befreiungserklärungen an Eltern ausstellen können, dass kein Sprachförderbedarf besteht. Deswegen ist es auch ein unbürokratisches und einfaches Verfahren.

Ich möchte wirklich das Fazit ziehen, dass hier ein sehr weichenstellendes, sehr wichtiges Gesetz auf den Weg gebracht wurde. Natürlich wird es die nächsten Jahre immer noch einmal Optimierungen geben wie auch in vielen, vielen anderen Bereichen. Alle damit Betrauten werden natürlich im zweiten, dritten Jahr noch einfacher damit umgehen können. Aber ich glaube, so geht es uns auch, wenn wir irgendwo etwas neu beginnen. Dann muss man sich einfach erst hineinversetzen.

Abschließend noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Akteure. Es ist wirklich wichtig. Wir haben hier etwas sehr, sehr Großartiges geschaffen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Nicole Bäumlner.

Nicole Bäumlner (SPD): Herr Kollege Tomaschko, ich wollte einmal fragen, wie Sie denn folgende Aussage von Simone Fleischmann bewerten, Präsidentin des BLLV, die auf einer Umfrage unter Lehrkräften beruht, die mit den Sprachstandserhebungen betraut waren. Sie sagt, in der jetzigen Form sei die Sprachstandserhebung "Schnellschuss statt pädagogisch versierter und nachhaltig geplanter sinnvoller Implementie-

rung"; das bedeute "bürokratischen Irrsinn einerseits, diagnostischen Unsinn andererseits."

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Quatsch!)

Peter Tomaschko (CSU): Ich glaube, der Erfolg vor Ort und – nochmals – der Erfolg, wie da alle – engagierte Pädagogen, engagierte Erzieherinnen und Erzieher – angepackt haben, belegt, wie die Realität ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank.– Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Kollege Oskar Atzinger.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Dimidium facti qui coepit habet.

(Heiterkeit)

Einmal begonnen, ist halb schon getan. – Aber eben nur halb, liebe Frau Ministerin. Geraume Zeit ist vergangen, bis auch die Staatsregierung eingesehen hat, dass Bayern keine Insel der Glückseligen ist und auch hier Kinder, die nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen, den Lernerfolg der einheimischen Schüler behindern. Obgleich es lange gedauert hat, war das Gesetz zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung ein unausgereifter Schnellschuss. Zu Recht prangert die SPD an, dass es zahlreiche inhaltliche Einwände gab. Deshalb haben wir, die AfD, uns damals auch nur enthalten, obwohl das Gesetz auf eine Initiative unsererseits zustande kam.

(Zurufe von der CSU: Ja, ja!)

– Ja, ja. – Natürlich wollen wir über den konkreten Umsetzungsstand der Sprachstandserhebungen informiert werden. Doch dies wurde im Ausschuss ja einstimmig beschlossen. Warum also dieser Hochzieher ins Plenum? – Die SPD möchte scheinbar in den Medien noch einmal erwähnt werden, bevor das Totenglöcklein für diese Partei in Bayern endgültig läutet.

(Lachen und Beifall bei der AfD)

Ja, es herrscht Verunsicherung, sowohl bei den Lehrkräften als auch in den Kindertagesstätten. Aber Kinder müssen bereits im Vorschulalter an den Leistungsgedanken herangeführt werden.

Ein Informationsschreiben an die Eltern erging nicht nur auf Deutsch, sondern in 18 weiteren Sprachen und wurde getrennt von der Einladung zum Sprachtest versandt, diese allerdings nur in Deutsch. Das hatte zur Folge, dass anscheinend mancherorts die Hälfte der Kinder unentschuldigt nicht erschien.

Warum brauchen wir in Deutschland ein Informationsschreiben in 18 Fremdsprachen?
– Weil wir weltweit das einzige Einwanderungsland sind, das sich die Menschen, die zu uns kommen, nicht selbst aussucht. Der Bevölkerungsaustausch schreitet täglich voran.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Ob uns das Gesetz zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen wirklich weiterbringt,

(Gabriele Triebel (GRÜNE): Ja!)

hängt hauptsächlich von zwei Faktoren ab: Bekommen alle Kinder mit Sprachförderbedarf tatsächlich einen Platz in einem Kurs? Und: Werden finanzielle Sanktionen gegen integrationsunwillige Eltern konsequent durchgesetzt? Über Letzteres will die SPD aber leider nicht informiert werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Atzinger, für das Thema Bevölkerungsaustausch behalten wir uns einen Ordnungsruf vor.

(Oskar Atzinger (AfD): Ja, selbstverständlich! Selbstverständlich! – Lachen bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Das ist eine Unverschämtheit! Unglaublich, ihr rödelt da drüben! Ihr sammelt wieder Trophäen da drüben! Das könnt ihr! Unfassbar!)

Nächster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist Herr Kollege Dr. Martin Brunnhuber.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss ehrlich gestehen, dass ich dem Kollegen Atzinger überhaupt nicht zugehört habe. Das war es nicht wert. Deshalb habe ich seine Aussage nicht mitbekommen.

Ich bin schon ein bisschen irritiert, dass Sie, Herr Tomaschko, den Sachverhalt so ausführlich dargestellt haben; denn wir haben eigentlich vereinbart, dass wir uns kurzhalten. Es handelt sich ja nur um einen Berichtsantrag. Jetzt möchte ich aber doch noch einmal näher darauf eingehen. Frau Bäumlner ist heute zur Höchstform aufgelaufen – Respekt!

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja!)

Sie hat etwas kritisiert, das in diesem Antrag gar nicht steht. Sie hat gesagt, der Gesetzgebungsprozess sei zu schnell verlaufen, und hat von einem Schnellschuss gesprochen. Ich glaube, das liegt daran, dass wir keinen Sitzkreis gebildet, uns nicht an den Armen gepackt und überlegt haben, was wir jetzt machen könnten, wie es bei der SPD üblich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Aber solide vorbereiten kann man trotzdem!)

Zum Antrag: Wir haben diesen Antrag genau durchgelesen, ihn besprochen, und er wurde verändert. Wir sind alle damit einverstanden, dass ein Bericht erfolgen soll. Man kann aber auch nicht erwarten, dass beim ersten Durchlauf das Optimum erreicht wird, so selbstkritisch sind wir.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha!)

Das ist seriöse Sachpolitik, der wir uns auch stellen. Deswegen werden wir Änderungen vornehmen. Dem Berichtsantrag haben wir mit den Änderungen zugestimmt. Damit will ich Ihre Zeit heute nicht weiter erschöpfen und bin fertig mit meiner Rede. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Gabriele Triebel das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Ministerin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Letztes Jahr im Spätherbst haben die Regierungsfaktionen ein neues Gesetz zu verbindlichen Sprachtests vor der Einschulung beschlossen. So weit, so gut. Neu an diesem Gesetz ist, dass nun alle Kinder, egal ob sie eine Kita besuchen oder nicht, diese Tests absolvieren müssen. Das ist leider schon alles, was positiv über das neue Gesetz gesagt werden kann.

Über ein bestehendes, funktionierendes System wurde ein neues, schlecht geplantes und schlecht organisiertes gestülpt. Wir GRÜNE haben das scharf kritisiert. Verehrter Kollege Tomaschko, zu Recht; denn es ist und bleibt ein Bürokratiemonster, ein zahnloser Tiger. Das Gesetz ist zahnlos, weil es für Kitas, Schulen und Kommunen einen riesigen Aufwand verursacht und dadurch – das ist das Beste – kein einziges Kind

ein einziges Wort mehr Deutsch lernen wird. Es bringt keine einzige Stunde mehr Förderung für die Kinder mit festgestelltem Förderbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Oskar Atzinger (AfD): Das muss man erst einmal feststellen, oder?)

Gerne gebe ich Ihnen ein Beispiel: In Augsburg wurden dieses Frühjahr 1.164 Kinder getestet. Bei 787 Kindern wurde ein Sprachförderbedarf festgestellt.

(Michael Hofmann (CSU): Aha!)

Wie soll jetzt die Stadt Augsburg diese Kinder mit einer angemessenen Sprachförderung versorgen? – Die Anzahl der Vorkurse Deutsch ist in den letzten Jahren zurückgegangen, das muss auch einmal gesagt werden.

(Michael Hofmann (CSU): Ist so ein Test nicht notwendig, wenn man das feststellt?)

Darüber, wie die Stadt Augsburg ihre Kinder wirklich anständig mit einer Sprachförderung unterstützen kann, hätten Sie sich Gedanken machen müssen, bis Ihnen die Köpfe rauchen,

(Michael Hofmann (CSU): Sie bestreiten ja den Test!)

und nicht darüber, wie ein komplettes Paralleltestungsuniversum an den Schulen errichtet werden kann, das auch die Kitas zusätzlich belastet.

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch!)

Zuerst Ihre umstrittene Pisa-Offensive an der Grundschule und jetzt auch noch die versemmelten Sprachförderungen im Vorschulbereich – mit Ihrer halbgaren Bildungspolitik kommen wir vor allem hinsichtlich der Chancengerechtigkeit keinen Schritt weiter. Sie lassen in Bayern zu viele Kinder zurück, was das mangelnde Förderangebot klar zeigt. Ich sage Ihnen: Das wollen und können wir uns nicht länger leisten. Es

liegt in Ihrer Verantwortung, eine Bildungspolitik in Bayern zu betreiben, die dafür sorgt, dass diese Kinder genau jetzt die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Das sagen Ihnen auch die Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsforschungsinstitute seit Jahren.

Qualitativ hochwertige und verbindliche Bildungsangebote muss es für alle Kinder schon in der Kita geben; denn die frühkindliche Bildung ist entscheidend für alles, was danach kommt. Wir GRÜNE haben unsere Ideen eines neuen Vorschulkonzeptes vorgestellt. Lassen Sie uns doch endlich eine ernsthafte, konstruktive und zielgerichtete Debatte über diese entscheidende Bildungsphase führen. Aber bitte verlieren wir nicht noch mehr Zeit; denn nicht nur wir GRÜNE sehen, dass größere Anstrengungen gerade in der frühkindlichen Bildung benötigt werden, sondern auch die Katholische Erziehergemeinschaft, die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm, der Aktionsrat Bildung in seiner neuesten Veröffentlichung und, und, und.

(Zuruf des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU))

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir stehen gesellschaftlich vor großen Herausforderungen. Auch um unseren Wohlstand zu sichern und um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu wahren, dürfen wir kein Kind verlieren. Solche Vorschläge, wie Ihr Gesetz zu den Sprachtests, kosten Zeit, die wir nicht haben, und lösen kein Problem, sondern schaffen viele neue.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Das ist sachlich verkehrt, unglaublich! Das ist hoffentlich keine Fachpolitikerin!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Zustimmung zum Antrag mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden: Die ersten beiden Absätze werden gestrichen. Im Absatz 3 wird das Wort "daher" gestrichen und nach dem Wort "Sprachstandserhebungen" die Wörter "vor der Sommerpause 2025"

eingefügt. Der Einleitungssatz zu Absatz 4 erhält folgende Fassung: "Dabei ist im Einzelnen u. a. einzugehen auf".

Wer dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion mit den genannten Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus.

(Michael Hofmann (CSU): Da habt ihr aber Glück gehabt, ich habe echt überlegt!)

Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Digitale Ausgabe von Parkausweisen für Handwerkerinnen und Handwerker, Handelsvertretungen und Soziale Dienste ermöglichen" auf Drucksache 19/5087 bekannt. Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 88 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. Der Antrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4 – Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der CSU: Sehr gut!)